Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft 17

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Nach dem Massaker der 27. Armee auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens am 3. Juni wird es für Tausende von toten Studentinnen und Studenten keine Gräber geben. Die Toten, so war zu lesen, wurden auf dem Himmlischen Platz mit Bulldozern zusammengekehrt, mit Benzin übergossen und mit Flammenwerfern verbrannt. Wer von der autonomen Bewegung der Studenten, Arbeiter und Intellektuellen, die wochenlang öffentlich und mit breiter Unterstützung des chinesischen Volkes für Demokratie und Freiheit eingestanden ist, dem staatsterroristischen Massenmord entkam, wurde als „konterrevolutionäres" oder „kriminelles Element" denunziert, gejagt, verhaftet; Universitäten und Betriebe wurden „gesäubert".

Gefangen in der unbewältigten Vergangenheit der „Kulturrevolution" Maos setzen Deng Xiaoping und seine Clique auf eine „sozialistische Modernisierung" unter militärdiktatorischer Führung, die ohne westliche Finanz- und Kapitalkräfte am Ende ist; nicht geplant sind Demokratisierung von Wirtschaft, Staat, Partei und Kultur, eine Demokratisierung, die aus Gründen blanker Machterhaltung unterdrückt wird. Von Perestrojka und Glasnost keine Spur. Was Wirtschaftskreise aus dem Westen auch wenig stört. Im Gegenteil, die Pervertierung von Sozialismus und Demokratie kommt neoliberalen Marktstrategen gelegen, solange als Deng, der „wirtschaftliche Pragmatiker" (NZZ), für „zunehmende wirtschaftliche Verflechtung des Reichs der Mitte mit dem Ausland" garantiert. Militärdiktaturen, die ihre Machtinteressen gegen Bedürfnisse der Volksmassen durch „Volksbefreiungsarmeen" schützen lassen, schrecken nicht davor zurück, das Volk zu terrorisieren und ihm den „wahren Volksfeind" vorzuführen.

Für Wirtschaftssanktionen gegen diese Führung in China fand sich in der EG kein Konsens. Bundesrat K. Villiger, Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, lässt die „Waffenausfuhr" des Rüstungskonzerns Bührle – ein staatlich genehmigter Auftrag in der Höhe von 120 Millionen Franken – lediglich „stoppen". Warten im Vertrauen auf „normalisierte" Verhältnisse – und business as usual.

Wo kämen sie denn hin, die Rüstungsindustriellen, Waffentechnologen und „Materialbeschaffungs"-Experten hierzulande. „Die Rüstung hat uns doch in den letzten Jahren politische Stabilität gebracht", resümiert Divisionär G. Däniker in der ‚Politischen Rundschau' (23.5.89) und verteidigt sachlichst das Waffenexport-Interesse der Rüstungs- und Atomindustrie. Diskret geschwiegen wird von den Folgen und Opfern des Wirtschaftskrieges um Ressourcen und Anteile auf dem Weltmarkt, insbesonders in den Drittwelt-Ländern. (Siehe dazu den im Frühjahr 1989 erschienenen WIDERSPRUCH-Sonderband 2 ‚Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital'.) Ein Grund mehr, den Zusammenhang von *Schweizer Armee, Macht und Krieg* zu thematisieren und mit Blick auf die Volksabstimmung über die GSoA-Initiative im November 1989 einige Aspekte des schweizerischen Militarismus bzw. des Antimilitarismus und der Friedenspolitik zu diskutieren.